



Neuer Streit über gefährliche Hunderassen

TIERHALTUNG Verbraucherminister fordert Wesenstest – SPD weist Ehlen Schuld zu

DDP

HANNOVER/HILDESHEIM - Nach dem Angriff von zwei Rottweilern auf Kinder in Hildesheim ist in Niedersachsen ein neuer Streit über den Umgang mit gefährlichen Hunden entbrannt. Verbraucherschutzminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) kündigte an, die gesetzlichen Vorschriften zur Haltung von Hunden auffälliger Rassen verschärfen zu wollen. Die SPD warf ihm vor, bei seinem Amtsantritt im Jahr 2003 solche Vorschriften gelockert zu haben.

„Wir prüfen jetzt die Einführung eines verpflichtenden Wesenstests für Hunderassen, die durch Beißattacken aufgefallen sind“, sagte Ehlen. Am Sonnabend waren eine Frau und zwei Kinder durch Hundebisse von zwei nicht angeleiteten Rottweilern schwer verletzt worden.

Bei Polizeidienststellen und in Krankenhäusern sollen jetzt Daten über Hundeangriffe gesammelt werden. Eine in vielen anderen Bundesländern geltende Rasseliste, die für die Haltung gefährlicher Hunde bestimmte Sicherheitsmaßnahmen wie Maulkorb und Leinenzwang vorschreibt, hatte die CDU/FDP-Koalition 2003 abgeschafft.

„Minister Ehlen trägt die politische Verantwortung für die immer wieder vorkommenden Unfälle mit Kampfhunden“, erklärte Ronald Schminke, tierschutzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

